

**Wir brauchen mehr (Zukunfts-) Investitionen! Grundzüge einer progressiven  
Finanz- und Steuerpolitik  
Freitag, 11. August 2017 in Hannover**

Um künftigen Generationen ein starkes Bildungs-, Gesundheits- und Wirtschaftssystem garantieren zu können, muss beständig in die Infrastruktur investiert werden. Die derzeitig vielerorts maroden Straßen und Gebäude in Niedersachsen können als Warnhinweise betrachtet werden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwieweit die Länder und Kommunen ihren Pflichten nachkommen können, wenn sie sich durch die „Schuldenbremse“ ab 2020 nicht mehr neuverschulden dürfen. Ein Abbau des „Sanierungsstaus“ stellt sich so als eine Herausforderung dar. Vor dem Hintergrund solcher Fragen, diskutierten wir am 11. August 2017 in unserer Veranstaltung „Wir brauchen mehr (Zukunfts-) Investitionen! Grundzüge einer progressiven Finanz- und Steuerpolitik“ in Hannover. **Urban Überschär** vom Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung und **Johannes Grabbe** vom DGB Niedersachsen begrüßten die Besucher\_innen in der gut gefüllten Kuppelhalle des Landesmuseums in Hannover. Lea Arnold von ver.di führte durch den Abend.

***Investitionen in Infrastruktur statt Schuldentilgung***



**Stephan Weil MdL**

Den **niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil MdL**, beschäftigt das Thema der Investitionen seit 20 Jahren. Doch anders als zu seinen Zeiten als Stadtkämmerer und Oberbürgermeister von Hannover, stelle sich die heutige finanzielle Situation des Haushalts des Landes Niedersachsen besser dar. Weil führte an, dass Neubauten von Krankenhäusern u.Ä. derzeit notwendig seien, da aufgrund der defizitären Haushalte in der Vergangenheit keine Restaurierungsmaßnahmen stattfanden. Finanzielle Überschüsse des Haushaltes sollten seiner Ansicht nach in die Infrastruktur fließen. Insbesondere notleidende Länder und Kommunen seien vom Bund dabei finanziell zu unterstützen.

Auch verdeutlichte Weil, dass sich die SPD insgesamt steuerpolitisch für eine Entlastung der Geringverdienenden einsetzen werde. Mit Verweis auf Martin Schulz Forderung nach einer „Mindestdrehzahl“, führte Weil an, dass eine Investitionsverpflichtung des Staates insbesondere für jene Zeiten wichtig sei, in denen es den Haushalten auf Bundes- und Landesebene finanziell schlechter ergehe.

Dadurch könne eine verdeckte Staatsverschuldung durch Pflege des staatseigenen Vermögens verhindert werden.

### ***„Deutschland hat unglaubliche Möglichkeiten!“***

**Prof. Dr. Peter Bofinger**, Inhaber der Lehrstuhls für VWL, Geld und internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Würzburg, verdeutlichte, dass die deutsche Volkswirtschaft im internationalen Vergleich gut abschneide. Insgesamt falle das



**Prof. Dr. Peter Bofinger**

Sparvermögen in Deutschland deutlich höher als das Sachvermögen. Bofinger argumentiert, dass gerade bei historisch niedrigen Zinsen die wenigen Investitionen, vor allem die öffentlichen Investitionen, nicht nachvollziehbar seien. Insbesondere die Kommunen litten darunter, dass von der Substanz gelebt werde, was auch Politikverdrossenheit und Rechtspopulismus verstärken könne. Der Volkswirt verdeutlichte,

das hierfür dringend Lösungen gefunden werden müssen. Insgesamt versündige sich der Staat an den zukünftigen Generationen, so Bofinger, wenn er nicht mehr in seine Infrastruktur investiere. Denn diese Investitionen können als die Grundlage des Wohlstandes von morgen betrachtet werden.

### ***Zum Thema „Schuldenbremse“***

Stephan Weil, Prof. Dr. Peter Bofinger und Stefan Körzell vom DGB, thematisierten jeweils den Punkt der Schuldenbremse. Weil hält die jetzige Form der „Schuldenbremse“ ab 2020 für falsch. Große Investitionen seien nicht durch laufende Einnahmen finanzierbar. Auch Unternehmen finanzierten sich nicht auf diese Weise. Bofinger sprach sich für eine Modifizierung der Schuldenbremse aus. Von Interesse sei für Ökonomen die Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, also die Schuldenstandsquote. Im ersten Schritt sollte nach Bofinger zunächst das genutzt werden, was rechtlich erlaubt sei (Schuldenbremse: 0,35%) In einem zweiten Schritt würde er dieses maximal erlaubte Defizit auf 1% erhöhen. So könnte der deutsche Staat seinen Berechnungen zufolge 30 Mrd. Euro jährlich mehr für Investitionen aufbringen. Körzell spricht sich insgesamt gegen eine „Schuldenbremse“ aus. Die Gewerkschaften hätten die „Schuldenbremse“ stets als eine „Fußfessel“ betrachtet, welche zulasten der nachfolgenden Generationen wirke.

### ***Der Mythos der „Schwarzen Null“***

Unter der „Schwarzen Null“ versteht man einen ausgeglichenen Haushalt, bei dem es nicht zu einer Neuverschuldung kommt, da Ausgaben durch Einnahmen gedeckt werden können. Insbesondere Prof. Dr. Bofinger, aber auch Weil und Körzell kritisierten die derzeitige Sparpolitik der Bundesregierung. Bofinger zufolge handle es sich um eine „Ideologie der schwarzen Null“. Sie sei der Grund dafür, dass der deutsche Staat im internationalen Vergleich in der Vergangenheit so wenig in die Infrastruktur investierte.

Auch Körzell argumentierte, dass die „schwarze Null“ zum Investitionsstau geführt habe, wodurch die Sachwerte verkommen seien. Weil, Bofinger und Körzell waren sich darin einig, dass mehr Investitionen in die Infrastruktur in Niedersachsen getätigt werden müssen.

### **Zukunftspotenziale**

Als letzten Punkt der Veranstaltung wurden Fragen aus dem Publikum beantwortet. Besonders die Frage nach den Zukunftspotenzialen durch Investitionen für Niedersachsen war für das Publikum von großem Interesse und wurde umfassend beantwortet. Körzell führte die kohlendioxid- und ressourcenmindernden Effekte an, welche durch umfassende energetische Sanierungen erreicht werden könnten. Auch würden Investitionen in Krankenhäuser und Schulen zu einer Verbesserung der sozialen Infrastruktur führen. Zudem seien die Zukunftspotenziale von Jugendlichen von großer Wichtigkeit. Dass aktuell bedarfsorientiert ausgebildet wird hält Körzell für nicht richtig. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken sollten alle ausbildungsfähigen Jugendlichen in allen Berufen ausgebildet werden. Investitionen sollten also auch in die (Aus-)Bildung von jungen Menschen fließen. Weil führte drei Punkte in Bezug auf Zukunftspotenziale an. Neben der Bildung, sei besonders die öffentliche Infrastruktur ein Potenzial der Zukunft. Insgesamt hätten diese Zukunftspotenziale Priorität gegenüber der Reduzierung der Staatsverschuldung. Auch für Prof. Dr. Bofinger stellt die Bildung der künftigen Generationen das zentrale Zukunftspotenzial dar. Er spricht sich für eine „Vollausstattung für das Bildungssystem“ aus.



**v.l.n.r.: Lea Arnold, Stefan Körzell, Stephan Weil MdL, Prof. Dr. Peter Bofinger.**